Anlage 1

Datum:……. ……..

(Anschrift der Bewilligungsbehörde) Bezirksregierung

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Förderung von Investitionsmaßnahmen an herausragenden Sportstätten

Bezeichnung der Maßnahme:

1. Antragstellerin/Antragsteller	
Name/Bezeichnung	
Anschrift: E-Mail:	Straße/PLZ/Ort/Kreis
Auskunft erteilt:	Name/Tel. (Durchwahl)
Rechtsverbindliche Person (sofern abweichend von Auskunft erteilender Person):	Name/Tel
Bankverbindung:	IBAN BIC Bezeichnung des Kreditinstituts
2. Maßnahme	
Bezeichnung/angesprochener Zuwendungsbereich	
Durchführungszeitraum:	von/bis

3. Finanzierungsplan

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
	20..	20..	20..
	in EUR		
1	2	3	4
3.1 Gesamtkosten:			
3.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben			
3.3 abzgl. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	./.	./.	./.
3.4 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben	=	=	=
3.5 Beantragte Förderung (Nr. 4) a) bei Anteilfinanzierung b) bei Fehlbedarfsfinanzierung	a) b)	a) b)	a) b)
3.6 bewilligte/beantragte öffentliche Förderung (ohne 3.5) durch			
3.7 Eigenanteil			

4. Beantragte Förderung

Zuwendungsbereich (Kurzbeschreibung der Maßnahme)	Zuweisung/ EUR	v.H. von Nr. 3.4
1	2	3
Summe		

5. Begründung

5.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a.: Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen, ggf. früheren Maßnahmen)

5.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

6. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgelasten für die Antragstellerin/für den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin/des Antragstellers usw.

7. Erklärungen

Die Antragstellerin/Der Antragsteller erklärt, dass

7.1
☐ mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,

7.2 sie/er zum Vorsteuerabzug
☐ nicht berechtigt ist,
☐ teilweise berechtigt ist, und zwar in Höhe von ……v. H.,
☐ berechtigt ist
und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 3.1) berücksichtigt hat,

7.3 die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

8. Anlagen (eingereichtes bitte ankreuzen)

☐ Bau- und/oder Raumprogramm

☐ Vollständige Entwurfszeichnungen sowie Auszug aus Flurkarte und Lageplan - soweit nicht schon vorliegend

☐ Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Baumaßnahme und Ausführungsart

☐ Bericht über den Stand der bauaufsichtlichen und sonst erforderlichen Genehmigungen, die - soweit bereits vorhanden - beizufügen sind

☐ Kostenberechnungen, aufgegliedert in Kostengruppen nach DIN 276, Flächenberechnungen und Berechnung des Rauminhalts nach DIN 277

☐ Angabe des vorgesehenen Vergabeverfahrens (Zuwendungsempfänger werden mit dem Zuwendungsbescheid verpflichtet, bestimmte Vergabegrundsätze zu beachten)

☐ Bauzeitplan mit voraussichtlicher Kassenwirksamkeit der Bauausgaben

☐ Ggf. Freistellungsbescheid des Finanzamtes (Gemeinnützigkeitsbescheinigung) – neuester Bescheid –

☐ Ggf. Bescheid(e) des Finanzamtes über Vorsteuerabzugsberechtigung (letzte drei Bescheide)

☐ Ggf. Miet-/Pachtvertrag (soweit nicht schon bei der Bewilligungsbehörde vorliegend)

☐ Begründung der Notwendigkeit, befürwortende und begründete Stellungnahme des zuständigen Sportfachverbandes sowie ggf. die typspezifischen und weiteren Voraussetzungen der Ziffer 4.2 und 4.3 der Richtlinie.

…….. ……

(Ort / Datum) (Rechtsverbindliche Unterschrift)

……

(Name / Funktion)

9. Ergebnis der Antragsprüfung durch die baufachliche Stelle (Nr. 6.9 VV zu § 44 LHO bzw. Nr. 6.8 VVG zu § 44 LHO)

1. Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstigen Unterlagen wird festgestellt, dass die Baumaßnahme den baulichen Anforderungen und hinsichtlich der Planung und Konstruktion den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit - nicht - entspricht.
   Die baufachliche Stellungnahme wurde beigefügt.

2. Für die Durchführung der Baumaßnahme hat die Antragstellerin/
   der Antragsteller folgende Ausgaben geplant: ..... EUR

3. Aufgrund der Prüfung wird folgender Betrag als angemessen erachtet: ..... EUR

....

(Ort/Datum) (Dienststelle/Unterschrift)